

Antrag: Bereitschaft zur Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland in Dresden

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Oberbürgermeister, gegenüber der Sächsischen Staatsregierung und der Bundesregierung die Bereitschaft zu erklären im Jahr 2020 bis zu 20 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland zusätzlich in Dresden aufzunehmen und damit Aufnahmeprogramme des Bundes oder des Landes aktiv zu unterstützen.

Begründung:

Die Lage in den griechischen Flüchtlingslagern ist seit Jahren angespannt. Eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik, durch die EU-Staaten entlang der Fluchtrouten entlastet werden, ist noch immer nicht in Sicht. Leidtragende sind in besonderer Weise Kinder. Aktuell leben circa 2.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche auf den griechischen Inseln ohne Begleitung von Erwachsenen, ohne Betreuung und unzureichenden medizinisch versorgt.

Die Stadt Dresden kann nicht im Alleingang über die Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger entscheiden. Mit dieser Bereitschaftserklärung wird der Versuch unternommen durch ein konkretes Angebot an realistischen Platzkapazitäten in der Dresdner Jugendhilfelandchaft die Aufnahme im Rahmen klar definierter Sonderkontingente zu erhöhen. Dresden leistet damit einen kleinen Beitrag zur Unterstützung minderjähriger Geflüchteter innerhalb der Europäischen Union.

Über das Bündnis „Städte sicherer Häfen“ haben sich zahlreiche weitere Kommunen dazu bereiterklärt. Wie der Spiegel am 31.01.2020 berichtet, könnten sich derzeit über 20 Kommunen vorstellen insgesamt bis zu 250 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen, darunter Potsdam, München, Kiel, Berlin, Heidelberg, Marburg.